

**Generalsekretariat:**

3100 St. Pölten, Buchbergerstr. 88

Tel.: (02742) 77 304

office@familienbund.atwww.familienbund.atwww.kinderwillkommen.at

An das Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Sachbearbeiter/in:
Dr. Gerhard Münster
Abteilung Präs.10

Minoritenplatz 5
1010 Wien

Per mail an:

begutachtung@bmbwf.gv.atbegutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Geschäftszahl: BMBWF-12.660/0004-Präs.10/2018

St. Pölten, 12.3.2017

Stellungnahme

des Österreichischen Familienbundes zum

Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz und das Schulpflichtgesetz 1985 geändert werden; Begutachtungs- und Konsultationsverfahren.

Änderung des Schulunterrichtsgesetzes

Zu § 82e

Der Österreichische Familienbund begrüßt, dass nach § 82e Abs. 2 – 4, der Schulleitung nach Anhörung und Zustimmung des SGA aus pädagogischen, oder auch organisatorischen Gründen, ermöglicht wird das Inkrafttreten der Neuen Oberstufe bis 2021 auszusetzen. Auch im Fall, dass das Inkrafttreten bereits ab September 2018 stufenweise verordnet wurde und zu deutlichen pädagogischen, beziehungsweise organisatorischen Problemen geführt hat.

Die zugesagte Evaluierung der Neuen Oberstufe von Schulen, die damit bereits Erfahrung haben, sowie die daraus resultierenden Verbesserungsvorschläge der Neuen Oberstufe zu berücksichtigen, erachten wir als sehr sinnvoll.

Änderung des Schulpflichtgesetzes 1985,

Zu §25

Um Schulpflichtverletzungen besser und präventiver begegnen zu können, scheint die vorgesehene Vereinfachung und Verkürzung des bisherigen Stufenplanes mit der vereinfachten Anzeigepflicht und gestaffelten Strafrahmen bei ungerechtfertigten Fernbleibens wirkungsvoller.

Allerdings erachten wir die Information der Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres durch den Klassenlehrer oder Klassenvorstand über Verhaltensweisen und Kommunikationsformen in und mit der Schule generell, sowie über die Rechtsfolgen von Schulpflichtverletzungen, als sehr wichtig. Um dabei möglichen Sprach- und Verständnisproblemen zu begegnen, sollte diese auch als schriftliche Kurzinformationen in den häufigsten Muttersprachen der Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden.

Ferner ist die Einbindung dieser Informationen im Unterricht, sowie die Erarbeitung von Verhaltensvereinbarungen als wichtiges Element zur Förderung eines positiven Verhaltens in der Schule zu begrüßen.

Ich bitte um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Mag. Alexandra Lugert

für den Österreichischen Familienbund